



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bismarck während des Krimkrieges. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarck während des Krimkrieges.

1.



uf den ersten Teil des Poschingerschen Sammelwerks „Preußen im Bundestag“ ist rasch der zweite gefolgt (Leipzig, S. Hirzel), der insofern ein noch größeres Interesse als jener beansprucht, als die Mehrzahl der in ihm mitgeteilten Schriftstücke die preussische Politik während des Krimkrieges und des Pariser Kongresses von 1856 betrifft, eine Politik, die damals von seiten der Liberalen harten Tadel erfuhr, hier aber durch vollständige Darlegung ihrer Beweggründe und Ziele gerechtfertigt wird. Daß Bismarck auf den Gang dieser Politik bestimmend eingewirkt hat, und zwar nicht bloß in seiner Eigenschaft als preussischer Gesandter am Bundestage, ergibt sich namentlich aus den zahlreichen Privatschreiben von ihm an Manteuffel, denen wir in der Sammlung begegnen.

1853 glaubte der Kaiser Nikolaus einen großen Schritt zur Lösung der orientalischen Frage thun zu können. Die Revolution war in Mitteleuropa mit seiner Hilfe niedergeworfen, Preußen und Österreich betrachtete er ungefähr als seine Vasallen, England unter dem Ministerium Aberdeen hielt er nicht für gewillt, Frankreich nicht für fähig, sich seinen Plänen zu widersetzen, die Türkei war ihm ein „kranker Mann,“ welcher der Auflösung nahe sei. Sein Gedanke war zunächst Losreißung der Donaufürstentümer, Serbiens und Bulgariens, von der Pfortenherrschaft und Verwandlung derselben in Staaten unter russischer Hegemonie. Als England eine Teilung der Türkei, bei der ihm Ägypten und Candia zufallen sollten, ablehnte, schickte der Kaiser den Fürsten Mentschikoff nach Konstantinopel, um den Abschluß eines Vertrages zu verlangen, der Rußland zur privilegierten Schutzmacht über die orthodoxen Christen in der

Türkei machen sollte, und als die Pforte diese Forderung zurückwies, rückte ein russisches Heer in die Donaufürstentümer ein, um dieselben als Pfand für Erfüllung jenes Anspruches in Besitz zu nehmen. Darauf traten die Gesandten der vier andern Großmächte im Juli 1853 in Wien zu einer Konferenz zusammen, die einen Vermittlungsversuch machte. Derselbe mißlang jedoch, und der Sultan erklärte Rußland den Krieg, bei dem die Westmächte am 12. März 1854 an seine Seite traten, Preußen und Österreich aber sich vorläufig darauf beschränkten, daß sie am 20. April eine Übereinkunft abschlossen, nach welcher sie Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer aufforderten und eine Einverleibung derselben in das Zarenreich, sowie eine Überschreitung der Donau durch dessen Truppen für einen Kriegsfall erklärten. Den deutschen Mittelstaaten war dieses Vorgehen nicht nach ihrem Sinne: sie wünschten eine vorsichtigeren Haltung Rußland gegenüber, und zwar nach einem Schreiben Bismarcks an Manteuffel vom 26. April aus folgenden Gründen: „Sie fürchten die Kosten und Kalamitäten des Krieges im allgemeinen, namentlich die Möglichkeit, bei Beendigung desselben eher Gegenstand der Ausgleichung für die Mächtigeren als gewinnende Teilnehmer am Friedensschlusse zu werden. Demnach glaube ich annehmen zu dürfen, daß sie in jeder Phase der bevorstehenden Entwicklung bemüht sein werden, sich rechtzeitig auf die voraussichtlich stärkere Seite zu rangiren, sobald dieselbe einigermaßen Garantien für die Erhaltung der formellen Selbständigkeit der Fürsten gewährt. Beide Bedingungen würden sie nach Möglichkeit erfüllt gefunden haben durch ein Bündnis konservirender Tendenz zwischen Preußen, Österreich und Rußland. Einem Bündnis von vier westlichen Mächten gegen Rußland würden sie sich schon nicht ohne inneres Widerstreben anschließen, weil es ihnen zwar die stärkere Seite, aber mindere Garantie für den Statusquo der eignen Existenz im Verlaufe der Dinge gewähren könnte. Sie würden aber in solchem Falle mit besondrer Aufmerksamkeit der Haltung Frankreichs folgen und auf das erste Symptom einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich um die Wette bemüht sein, von einem russisch-französischen Bündnisse nicht ausgeschlossen zu sein. Gleichzeitig mit dem Bruche der deutschen Großmächte mit Rußland würde Frankreich die Möglichkeit gegeben sein, sich in den Besitz der Hegemonie über die übrigen deutschen Staaten zu setzen, in jedem Augenblicke, wo es seine eigne Verständigung mit Rußland herbeiführen könnte und wollte.“

Zum Teil mit Rücksicht hierauf suchte Preußen einen Bruch mit Rußland in der Folge möglichst zu vermeiden. Die Mittelstaaten aber nahmen einen Anlauf, ihre Ansichten und Zwecke in dieser Sache den beiden deutschen Großmächten gegenüber zur Geltung zu bringen. Von Baiern und Sachsen geführt, traten sie durch Bevollmächtigte in Bamberg zusammen und richteten eine identische Note an die Höfe von Berlin und Wien, in der sie für den deutschen Bund als eine Großmacht eine Stimme bei der Lösung der orientalischen Frage

in Anspruch nahmen. Dieser Schritt mißglückte jedoch, denn als Preußen und Österreich ihren Vertrag vom 20. April dem Bundestage vorlegten, stimmten mit Ausnahme Mecklenburgs alle Bundesglieder der in ihm ausgesprochenen Politik zu.

Nun hatte Preußen zu fürchten, daß Österreich weiter gehen zu können meinte, als man in Berlin wünschen durfte. Diese Befürchtungen setzt ein Bericht Bismarcks vom 25. Juli 1854 auseinander. Hier heißt es u. a.: „Die Konstellation zu Erwerbungen ist [für Österreich] günstig. . . . Das Bündnis [vom 20. April, in welchem Preußen und Österreich sich gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und außerdeutschen Länder für den Fall garantirt hatten, daß eins von ihnen im Einverständnisse mit dem andern zur Wahrung deutscher Interessen aktiv vorgehen sollte] bietet eine Affekuranz gegen üblen Ausgang, und darüber hinaus hält man sich überzeugt, daß Preußen und Deutschland im eignen Interesse nötig finden werden, Österreich zu decken, so unangenehm ihnen dessen Politik auch sein mag. Nur die Beseitigung dieser letztern unbilligen Hoffnung wird das Wiener Kabinet vielleicht abhalten, mutwillig mit Rußland Händel zu suchen. Große Stücke können wir auf die Mittelstaaten nicht bauen, aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wiedergewinnen, den wir vor 1848 besaßen, und der in ihrer größeren Gleichartigkeit mit uns als mit Österreich wurzelt; sie sind jetzt antifranzösisch, vielleicht mit Ausnahme von Darmstadt. . . Dem ungeachtet kann ein fortgesetzter, von Preußen und Österreich gegen sie geübter Zwang denselben bald die Lust erwecken, lieber selbständig als unter Vormundschaft dieser beiden Mächte mit Frankreich zu gehen. Es kommt schließlich dazu, wenn ihre Regierungen nicht wenigstens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklich deutschen Interessen ohne die von Österreich so genannten finden. . . . Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Gesinnung der Bamberger setze, so fürchte ich, daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen sind im Vergleiche mit denen, die Graf Buol, Bach und andre Epigonen Schwarzenbergischer Politik im Bündnisse mit den Ultramontanen im Innern ihrer Herzen für uns hegen. Das jetzt in Österreich gehandhabte System germanisirender Zentralisation bedarf zur Lösung seiner Aufgabe einer engeren organischen Verbindung mit einer strafferen Hegemonie in Deutschland. Die Strebungen der Ultramontanen gehen für jetzt mit denen des Wiener Kabinetts Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes; derselbe verliert an Bedeutung in gleichem Maße, als der Abstand zwischen Preußens und Österreichs physischer Kraft zunimmt und sich in seiner Bedeutung demjenigen nähert, welcher zwischen Preußen und Baiern stattfindet. . . Wir können also, abgesehen von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsere Entschlüsse, eine Vergrößerung Österreichs nur zugeben, wenn wir mindestens in demselben Maße wachsen. Wenn Österreich

zum Kriege mit Rußland gelangt, so wird es sich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Westmächte in Betreff einer Wiederherstellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widersetzen können. Diese Pläne sind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewiesen worden und dürften als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht früher oder später mit mehr Entschiedenheit in den Vordergrund treten. Oesterreichs Interesse gegen die Herstellung Polens ist minder tiefgehend als das von Preußen und Rußland, schwerlich so tief, als daß man nach dem Bruche mit Rußland sich mit den Westmächten zu entzweien nötig haben würde. Ich glaube sogar, daß Oesterreich die Donauländer wählen würde, wenn es zwischen diesen und Galizien optiren müßte. Jene sind deutscher Sprache und Regierung zugänglicher als die polnischen Provinzen, die Bevölkerung inoffensiv; sie sind reicherer Entwicklung fähig und passen geographisch und kommerziell besser zu Oesterreich als das außerhalb der Karpathen dem Kaiserstaate angeklebte Galizien. Letzteres ist bei offenen Grenzen der russischen Macht und etwaigen polnischen Insurrektionen leicht zugänglich. Die Gefahren, welche die polnische Nachbarschaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magyaren feindlichen Elemente, der Serben und Walachen. Außerdem bietet die Herstellung Polens an und für sich dem österreichischen Systeme Vorteile: 1. Preußen wird geschwächt und in Schach gehalten. 2. Die Gefahr des Panславismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenstaaten verschiedner Religion und Nationalität vorhanden sind. 3. Europa erhält einen wichtigen Staat von katholischer Konfession mehr. 4. Polen, unter Oesterreichs Hilfe hergestellt, wird vor der Hand Oesterreichs sicherer Verbündeter. 5. Die Herstellung Polens bietet Oesterreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen eine Vergeltung von seiten Rußlands, sobald die italienische Angelegenheit Streit zwischen Oesterreich und Frankreich herbeiführt oder ersteres sonstwie in Verlegenheit kommt. Schlimmsten Falles würde das Wiener Kabinet sich mit dem Vorschlage helfen, Polen von neuem zu teilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben."

Von solchen Erwägungen wurde die preußische Politik auch in der folgenden Zeit geleitet. Oesterreich aber neigte sich mehr und mehr den Westmächten zu, dachte ernstlich an Krieg mit Rußland und bemühte sich mit allen Mitteln, zu diesem Zwecke die Unterstützung Preußens und der übrigen deutschen Staaten zu gewinnen. Am 14. Juni schloß es mit der Pforte einen Vertrag ab, der den österreichischen Truppen die Besetzung der Moldau und Walachei gestattete, und nachdem die Russen sich in der zweiten Hälfte des Juli aus diesen Fürstentümern zurückgezogen hatten, rückten die Oesterreicher in dieselben ein. Bevor die Westmächte Rußland auf eigenem Boden angriffen, war die Diplomatie eifrig bemüht, dem großen Streit Einhalt zu thun und ihn auf die Bahn des Friedens zu lenken. Nach vielen Beratungen und Vorschlägen, die zu keinem Er-

folge führten, waren von den Westmächten endlich am 22. Juli vier Punkte aufgestellt worden, welche die Grundlagen zu allen ferneren Unterhandlungen bilden sollten. Diese Punkte verlangten: 1. Aufhebung des russischen Protektorats in der Moldau, der Walachei und Serbien, 2. vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf der Donau, 3. Durchsicht der älteren Verträge in Betreff des Schwarzen Meeres und Beseitigung des Übergewichts Rußlands auf demselben, endlich 4. Verwerfung jedes besondern Protektorats über die Christen im türkischen Reiche und Errichtung eines von allen Großmächten gemeinschaftlich auszuübenden Schutzsystems. Oesterreich und Preußen schlossen sich diesen Forderungen Rußland gegenüber an. Als Rußland dieselben verwarf, verstärkte Oesterreich sein Heer in Siebenbürgen und zog an der galizisch-russischen Grenze ein zweites zusammen. Preußen schien durch den Rückzug der Russen über den Pruth im wesentlichen befriedigt zu sein und traf keine kriegerischen Vorkehrungen, sondern fuhr nur fort, in Petersburg Vorstellungen im Sinne der vier Punkte zu machen. Rußland war seit geraumer Zeit schon gewohnt, in Bezug auf die deutsche Politik das entscheidende Wort sprechen zu wollen, in Berlin Ratschläge zu erteilen, Ansprüche zu erheben und gelegentlich Drohungen einfließen zu lassen, und so schlug Graf Nesselrode, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Petersburg, auch jetzt diesen hohen Ton an. Er erklärte in einer Depesche vom 6. November an den russischen Botschafter in Wien, auf die Spaltung zwischen den deutschen Großmächten und die Schwäche des deutschen Bundes hinweisend, Rußland wolle zwar, im Hinblick darauf, daß die Existenz des letzteren in Gefahr kommen könne, auf Friedensvorschläge eingehen, rechne aber dafür auf dauernde Neutralität Deutschlands. Manteuffel wies dieses Ansinnen zurück. Oesterreich aber schloß jetzt — am 2. Dezember 1854 — mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trugbündnis ab.

In die hier skizzierte Periode fallen mehrere charakteristische Äußerungen Bismarcks gegenüber der Berliner Diplomatie. Der König der Belgier hatte sich gegen den preußischen Gesandten in Paris, Graf Hagfeld, während eines Besuchs des letzteren in Brüssel dahin geäußert, Preußen müsse mit Oesterreich, „selbst wenn es etwas von seiner Selbstliebe zu opfern hätte,“ zusammengehen. Geeinigt könnten die beiden Mächte mit ihren siebenmalhunderttausend Soldaten allen Eventualitäten mit Zuversicht entgegensehen. Dagegen könnte Preußen allein nicht lange den Kampf gegen ein mit England verbündetes Frankreich aufnehmen. Ein Stütze bei den deutschen Staaten zweiten Ranges zu suchen würde vergebliches Bemühen sein, dieselben hielten nur in der Negation zusammen und ließen es stets an sich fehlen, wenn sie zum Handeln aufgefordert würden. Ein Angriff Preußens auf Frankreich würde gefährlich und verhängnisvoll für letzteres sein und könnte zum Verluste der Rheinprovinz führen. Etwas andres würde ein Verteidigungskrieg sein. Manteuffel setzte Bismarck von diesen Äußerungen in Kenntnis, und jener schrieb ihm darauf unterm 23. August, das sei

„dieselbe Weisheit, mit welcher der König jederzeit die Interessen Belgiens und des Hauses Coburg wahrzunehmen gewußt habe. Ob aber, fuhr er fort, ein Gutachten des Königs Leopold über die preußische Politik ebenso ausfallen würde, wenn derselbe Preußen näher als Belgien angehörte, bezweifle ich. Gewiß bildet die Einigkeit von Preußen und Österreich auch dann, wenn sie von Preußen sehr viel teurer als au prix de quelques sacrifices d'amour propre erkaufte wird, eins der wesentlichsten Elemente der Sicherheit Belgiens, besonders nachdem die durch Geschichte und Bekenntnis bedingten Beziehungen Belgiens zu Österreich durch die Heirat von neuem belebt sind. Soll einmal Krieg geführt werden, so kann Belgien nur wünschen, daß derselbe sich auf die von Brüssel weit entfernte deutsch-russische Grenze beschränke, während Belgien von den vier mit ihm und unter sich befreundeten Großmächten umgeben und dadurch vor direkter Berührung mit den Verwicklungen bewahrt bleibt. . . . Die Anforderungen Österreichs haben sich vom Verlangen der Räumung der Donaufürstentümer, vermöge der Zuversicht auf Preußens Hilfe, stufenweise soweit gesteigert, daß in der Wiener Presse die Andeutung einer Abtretung Bessarabiens nicht mehr überrascht. Zu solchen Bedingungen wird sich Rußland nur nach einem großen und unglücklichen Kriege verstehen. Die Chancen, welche ein solcher für die Revolution den europäischen Thronen gegenüber bieten würde, überstiegen die Garantien, welche für das erhaltende Prinzip in einem Bündnisse mit dem der Revolution gegenüber selbst hilfsbedürftigen Österreich und den Westmächten liegen, auch dann, wenn Lebens- und Regierungsdauer Napoleons auf längere Zeit gesichert wäre. Deshalb glaube ich, daß ein Anschluß an die österreichische Politik nur soweit für uns nützlich ist, als er Österreich vom Angriff auf Rußland abhält.“

Nach dem Bekanntwerden des Abschlusses der Konvention vom 2. Dezember schrieb Bismarck am 9. privatim an Manteuffel: „Die Schnelligkeit, mit welcher die Konvention mit den Westmächten der Einigung mit den deutschen Bundesgenossen gefolgt ist, dient hier nicht gerade zur Erhöhung des Vertrauens, welches der Graf Buol etwa genießt. Der Eindruck, daß Österreich mit den Westmächten, namentlich mit Frankreich, in größerer Intimität lebt als mit irgend einem deutschen Staate, ist allgemein. Wenn aber auch die politische Stellung Österreichs momentan so glücklich ist, wie Herr v. Prokesch sie in rosenfarbener Laune schildert, so wird doch die dermalige Politik an der Donau dem Kaiserstaate zur Zeit der Nüchternheit einen schweren Katzenjammer bringen. Haben die Westmächte nur die Gewißheit, daß die Furcht [vor einem von Frankreich unterstützten Angriff von Seiten Italiens] die Zauberrute ist, mit welcher man über Österreich disponirt, so wird letzteres bald nicht mehr im Schlepptau, sondern in voller und direkter Abhängigkeit von ihnen sein. Sollen auch wir dann, wie es ja unter Umständen nützlich und notwendig sein kann, diese Politik einschlagen, so wird es sich meines Erachtens eher empfehlen, dies in direkter und selbständiger Verbindung mit den Westmächten zu thun, als in der Eigenschaft einer ad nutum

disponibeln Reserve des in seinen Hauptentschlüssen selbst unfreien Österreich. Wir haben mit großer Selbstverleugnung Österreich die Gelegenheit zu unabhängiger, rein auf Deutschland gestützter Politik geboten; Österreich aber mag lieber von Frankreich abhängig sein, als uns in freier Verbindung Dank schulden, es hofft in jener Abhängigkeit außerdem mehr zu profitieren, es weiß selbst noch nicht wie viel, und endlich hat es, selbst auf Preußen und ganz Deutschland gestützt, nicht den Mut, nötigenfalls einer französischen Drohung in Italien zu trotzen. . . . Auch in München sucht man die Motive der Wiener Politik viel mehr in der Furcht wegen Italien als im Ehrgeiz, obschon sie die Donaufürstentümer wohl mitnehmen würden, wenn sie dieselben an dem Wege finden, den sie aus Angst gehen. Der Hochmut erlaubt ihnen nicht, ehrlich einzuräumen, daß sie unserer bedürfen, und demgemäß mit uns zu handeln; sie ziehen vor, uns zu umgarnen, geben sich aber dabei einer groben Täuschung hin, indem sie politische Verhältnisse wie notarielle Privatangelegenheiten behandeln. Bündnisse größerer Staaten haben nur dann Wert, wenn sie den Ausdruck beiderseitiger wirklicher Interessen besiegeln, und alle Klauseln und Auslegungen können den Mangel an gutem Willen und freier energischer Aktion nicht ersetzen, wenn der eine Teil sich übervorteilt und mala fide behandelt fühlt. . . . Ist übrigens," fährt das Bismarcksche Schreiben prophetisch fort, „die mir noch unbekanntere Konvention vom 2. der Art, daß wir beitreten können, so könnte vielleicht eine Kammermanifestation noch dazu benutzt werden, unsern Beitritt natürlicher und weniger bitter für Rußland erscheinen zu lassen. Kommt es jetzt wirklich zum Frieden, so ist es meiner Meinung nach ein großer Gewinn für uns, daß wir in der Zeit nach diesem Frieden in besseren, Österreich und die Bamberger aber in schlechteren Beziehungen zu Rußland stehen als vor dem Kriege. Der Tag der Abrechnung bleibt nicht aus, wenn auch einige Jahre darüber hingehen. [Er kam 1866, nachdem Österreich sein Debet bei Rußland noch durch sein Verhalten während der polnischen Insurrektion von 1863 vermehrt hatte.] Österreich hat sich als eine für jetzt unübersteigliche Barriere in den Weg Rußlands geschoben; die Spitze der Politik des letzteren wird sich für die Zukunft naturgemäß gegen diese Barriere richten. Durch diese Änderung in der Konstellation können wir nur an Gewicht und Freiheit der Bewegung gewinnen, und es scheint ein sehr günstiges Ergebnis unsrer zögernden Politik, daß in der Zwischenzeit der Antagonismus von Wien und Petersburg sich hat schärfer und dauerhafter ausdragen können."

In Hinblick auf das Bündnis vom 2. Dezember 1854 und Österreichs augenscheinliche Kriegslust schien Rußland nachgeben zu wollen, und Fürst Gortschakoff, sein außerordentlicher Bevollmächtigter in Wien, versicherte, daß es die vier Punkte der Erklärung der Westmächte vom 22. Juli als Ausgang zu Unterhandlungen gelten lassen wolle. Die unterbrochene Konferenz trat wieder zusammen, aber ohne Erfolg, da es den Russen mit dem Frieden noch nicht

ernst war. Preußen trat Rußland wieder näher, und die Bamberger schlossen sich, um ein Gegengewicht gegen Österreichs kriegerische Absichten zu bilden, der Berliner Neutralitätspolitik an. Als Rußland dann in Böhmen ein Heer zusammenzog, durch welches Wien bedroht werden konnte, trug Österreich am 24. Dezember beim deutschen Bundestage auf sofortige Mobilmachung der deutschen Bundeskontingente an, wobei die Truppen des 7. und 10. Armeekorps zu gleichen Teilen den Heeren der beiden Großmächte zugeteilt werden sollten. Aber die Mittelstaaten ließen sich nur zu einer Kriegsbereitschaft herbei, von der bis zu einer wirklichen Aufstellung ihrer Streitkräfte noch ein ziemlich weiter Weg war, und Preußen stimmte ihnen hierin bei. Unter solchen Umständen wagte Österreich, dessen Finanzen ohnehin sehr zerrüttet waren, den Kampf nicht zu beginnen, und es verblieb bei seiner halben Neutralität.

In dieser Zeit schrieb Bismarck mit Bezug auf den österreichischen Mobilmachungsantrag am 1. Januar 1855 an Manteuffel u. a.: „Ich wage nicht zu entscheiden, ob es wirklich in der Absicht des Wiener Kabinetts liegt, Preußen zu einem Angriffskriege gegen Rußland fortzureißen, oder ob man sich noch mit der Hoffnung schmeichelt, daß eine demonstrative Aufstellung, wenn sie nur zahlreich genug und von Preußen mit demselben Anschein von Kriegslust unterstützt wäre, welchen Österreich zur Schau trägt, hinreichen werde, um von Rußland zu erlangen, was man wünscht. . . . Jedenfalls liefert die Depesche des Grafen Buol vom 24. vorigen Monats einen neuen Beweis, wie das Wiener Kabinet, um Preußen seinen Intentionen dienstbar zu machen, aus den verschiedenen Verpflichtungen und Erklärungen Preußens vom 20. April, in den Wiener Konferenzen, vom 26. November [wo es sich anheischig gemacht hatte, Angriffe auf die Stellung Österreichs in den Donaufürstentümern abzuwehren und sich zu bemühen, den vier Punkten Geltung zu verschaffen] und anderen durch Herausnahme einzelner Teile und künstliche Vermischung unzusammengehöriger Akten ein Gewebe herzustellen sucht, in welchem es die politischen Entschlüsse Preußens als vertragsmäßig befangen darstellt. Die Zwecke, welche am 20. April und in den Wiener Protokollen in Aussicht genommen wurden, sind längst teils erreicht, teils obsolet geworden, und mit künstlichen Kombinationen werden die von uns damals eingegangenen Verbindlichkeiten auf neue Forderungen in Anwendung gebracht. So scheint mir, daß der Depesche vom 24. vorigen Monats das Bestreben zu Grunde liegt, die Verpflichtungen Preußens und Deutschlands aus dem Zusatzartikel vom 26. November in das System des 2. Dezember einzufügen. Die Stipulationen vom 26. November tragen aber nichts in sich, wodurch in diesem Augenblicke, noch ehe die Bundesmilitärkommission ihre Anträge gestellt hat, eine hastige militärische Aufstellung bedingt würde. Wohl aber würde es, wenn dergleichen Aufstellungen dennoch jetzt erfolgten, für Österreich leichter werden, durch die in Wien geläufigen Entstellungen und Verschiebungen des Verhältnisses der Verträge zu den Thatsachen und durch richtig

angebrachte Überraschungen mit faits accomplis die neuen Zusatzartikel und die Bundeshilfe dem Regime des Bündnisses vom 2. Dezember dienstbar zu machen, auch ohne daß wir dem letzteren beigetreten wären. . . . Ich kann nur bei meiner schon früher berichteten Überzeugung beharren, daß das wirksamste Mittel zur Wiedergewinnung des Friedens und zur Erhaltung unsers europäischen Einflusses in dem Drucke liegt, den wir, wenn wir wollen, auf Oesterreich üben können. Noch immer halte ich es nicht für wahrscheinlich, daß die Kriegspartei den Ausschlag bei den letzten Einflüssen des Kaisers Franz Josef geben wird, wenn Oesterreich dabei Gefahr laufen muß, sich von Preußen verlassen zu sehen, namentlich aber, wenn man in Wien veranlaßt wird, an die Möglichkeit einer feindseligen Aktion Preußens zu denken. Selbst in Paris und London glaubt man, daß die aktive Beihilfe Oesterreichs im entscheidenden Momente von den Entschliessungen Preußens abhängt, und meiner Ansicht nach haben wir nur dann Aussicht, auf die Entschliessungen der Westmächte Einfluß zu üben, wenn wir in Paris und London das Bewußtsein, daß der Schlüssel zur Mitwirkung Oesterreichs in unsern Händen liegt, und daß wir nötigenfalls entschlossen sind, ihn furchtlos zu benutzen, deutlich zu erkennen geben. Solange dies nicht geschieht, zweifle ich nicht, daß unsre Bemühungen, welche weder von Anerbietungen noch von Drohungen begleitet sind, bei den westlichen Kabinetten eine kühle und uns lediglich nach Wien und auf den Beitritt zum 2. Dezember verweisende Aufnahme finden werden. Nachdem man sich Oesterreichs einmal versichert hat, wird man diesen Vorteil nicht aufgeben und sich Oesterreich durch Separatabschlüsse mit uns nicht wieder entfremden, wenn wir nicht entweder Anerbietungen machen, welche weitergehen als die österreichischen, oder den Beweis liefern, daß Oesterreichs Entschliessungen in letzter Instanz von uns, die unsrigen aber nicht von Oesterreich abhängen. Bisher hofften die Westmächte unsre Kooperation zu gewinnen, ohne uns einen Einfluß auf ihre eignen Entschlüsse zu gestatten. Sie rechnen übermäßig viel auf die Wirkung der öffentlichen Meinung in Preußen [wo die Liberalen und namentlich die Bindekeusche Partei mit unheilbarer Kurzsichtigkeit gegen Rußland als den Feind des Liberalismus perorirten und für die schönen Augen Englands schwärmten] und auf die Herrschaft einer unbestimmten Angst vor sogenannter Isolirung und vor einem Kriege mit den drei Kontrahenten vom 2. Dezember. Ohne mit diesen Besorgnissen rechten zu wollen, darf ich es doch für zweifellos halten, daß unsre Bestrebungen nur dann Einfluß auf das Verhalten jener drei Mächte üben können, wenn unsre Agenten in Wien, Paris und London die Überzeugung zu erwecken wissen, daß wir von jedem Anfluge derartiger Besorgnisse vollkommen frei sind, und daß der Entschluß bei uns feststeht, unsre Unabhängigkeit und unsre Stellung als Großmacht nötigenfalls auch mit den desperatesten Mitteln und Anstrengungen gegen jedermann zu verteidigen. So unmotivirt und gefährlich es auch sein würde, wenn wir uns zu Rußland in nähere Beziehungen

als bisher einließen, so glaube ich doch, daß es unserm Einflusse auf den Verlauf der Dinge nur förderlich sein würde, wenn man im Westen unsern Anschluß an Rußland, und wenn man in Wien unsre engere und über den 2. Dezember hinausgehende Verbindung mit dem Westen nicht gänzlich in das Reich der Unmöglichkeiten zählen dürfte. Nur soweit, als man uns fürchtet, nimmt man Rücksicht auf uns, und wenn man in London überzeugt ist, daß wir es keinesfalls wagen, mit Rußland zu gehen, und andererseits in Wien, daß wir es niemals über das Herz bringen würden, unsre Beziehungen zu Oesterreich einem intimen Verhältnis zum Westen mit derselben Entschlossenheit zu opfern, die man in Wien in diesem Punkte zu besitzen scheint, so wird man auch stets geneigt sein, den Willen Preußens nur in zweiter Linie zu berücksichtigen."



Die Theorie der sphärischen Kraterbecken.



Im Gegensatz zu der Anschauung eines Cuvier, Leopold von Buch, Humboldt und anderer großer Naturforscher, welche es für wahrscheinlich, ja für erwiesen hielten, daß in der Entwicklung der Erde große und plötzliche Revolutionen stattgefunden hätten, haben sich die neueren Gelehrten der Meinung zugewandt, daß die jetzt in Kraft bestehenden Naturgesetze von Anfang an in derselben langsamen, allmählichen Weise zur Bildung der heutigen Gestalt der Erde thätig gewesen seien. Man ist ziemlich allgemein dahin gekommen, die Theorien jener berühmten Anhänger der Erdrevolutionen für veraltet zu halten, obwohl noch eben keine lange Reihe von Jahren dahingerollt ist, seitdem sie beherrschend in der Wissenschaft dastanden, und allgemein ist jetzt bei Gelehrten und Nichtgelehrten das Ansehen eines Lyell und Darwin.

Die Grundlage der modernsten Naturphilosophie, gelegt durch diese beiden ausgezeichneten englischen Forscher, läßt sich in der Kürze in folgenden Sätzen zusammenfassen. Die Naturgesetze, welche bei Bildung der Erdrinde thätig waren, haben immer genau in derselben allmählichen Weise gewirkt, in der wir sie noch jetzt wirken sehen; niemals fanden allgemeine Erdrevolutionen, Kataklysmen oder sogenannte Sintfluten statt (Lyell). Aus der unorganischen Materie bildeten sich vor unendlich langen Zeiträumen zunächst die einfachsten organischen Zellen, welche sich im Laufe der Zeit durch den Kampf ums Dasein, natürliche Zuchtwahl und Anpassung an äußere Verhältnisse, wie Klimawechsel zc., bis zu dem höchsten organischen Wesen, dem Menschen, vervollkommneten (Darwin).